

# Menschenrechte ~~Investitionen~~ schützen

**Globale Menschenrechtsstandards für Unternehmen einführen!**

Mit TTIP und CETA stärkt die EU den Investorenschutz und untergräbt Umwelt- und Sozialstandards. Gleichzeitig blockieren Deutschland und die EU bei den Vereinten Nationen die Bemühungen um Menschenrechtsverpflichtungen für Unternehmen.

Das müssen wir verhindern! Menschenrechte haben Vorrang vor Investitionsinteressen!

**TTIP und CETA stoppen!**  
UN-Abkommen „Wirtschaft und Menschenrechte“ unterstützen!

**Brot**  
für die Welt

Treaty Alliance Deutschland

**CcrA** Corporate  
Accountability  
Netzwerk für Unternehmensverantwortung

**GPF**  
Global Policy Forum

**FIAN**



weed

# UN-Menschenrechtsabkommen statt TTIP

---

## Globale Menschenrechtsstandards für Unternehmen einführen!

---

Unternehmen gewinnen weltweit zunehmend an Macht. Freihandels- und Investitionsschutzabkommen erleichtern ihnen den Zugang zu Märkten und Rohstoffen überall auf der Welt und schützen ihre Investitionsinteressen. Die Rechte von Menschen bleiben dabei auf der Strecke. Wenn Unternehmen im Ausland die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern verletzen, die lokale Bevölkerung von ihrem Land vertreiben oder die Umwelt verschmutzen, bleibt dies meist ohne Konsequenzen. Betroffene finden weder vor Ort noch in den Heimatländern der Unternehmen Rechtsschutz. Bis heute können sich die Staaten bei den Vereinten Nationen (UN) nicht auf verbindliche internationale Menschenrechtsstandards für die Wirtschaft einigen. Zu groß sind der Widerstand der Unternehmen und das wirtschaftliche Interesse der großen Industrienationen.

Nun haben Ecuador und Südafrika mit dem sogenannten „Treaty-Prozess“ einen erneuten Anlauf gestartet: Eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe bei der UN verhandelt momentan ein Menschenrechtsabkommen zur Regulierung von Wirtschaftsaktivitäten. Doch auch dieser Versuch droht am Widerstand der großen Industrienationen zu scheitern. Die EU, die USA, Kanada und Japan stimmten letztes Jahr im UN-Menschenrechtsrat bereits gegen den Vorschlag und blieben trotz Mehrheitsvotum für ein verbindliches Abkommen dem ersten Treffen der UN-Arbeitsgruppe im Juni 2015 fern. Sie verweisen stattdessen auf bereits existierende freiwillige Standards.

Die Botschaft der europäischen Regierungen ist klar: Die Investitionsfreiheit der Unternehmen wird mit verbindlichen und einklagbaren Rechten geschützt, beim Menschenrechtsschutz sollen hingegen freiwillige Empfehlungen reichen. Diese Haltung ist inakzeptabel. Die Rechte von Menschen müssen Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Die Treaty Alliance Deutschland fordert die Bundesregierung darum auf, sich für einen Stopp von TTIP und CETA einzusetzen und stattdessen an den weiteren Verhandlungen für das verbindliche UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten teilzunehmen und sich dort für verbindliche menschenrechtliche Vorgaben für Unternehmen einzusetzen.

Mehr Informationen unter [www.treatymovement.com](http://www.treatymovement.com) oder [info@cora-netz.de](mailto:info@cora-netz.de)

**[www.treatymovement.com](http://www.treatymovement.com)**